25.02.2020 – 10:32 Uhr

Grosser Schaden für Schweizer Volkswirtschaft / Fachhochschule Nordwestschweiz präsentiert Studie zur Hochpreisinsel

Zürich (ots) -

Der Schweizer Volkswirtschaft entgehen jedes Jahr Milliardenbeträge. Das zeigt eine Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz. Ausländische Hersteller und Händler schotten ihre Vertriebskanäle ab und verlangen hohe Schweiz-Zuschläge. Alleine in den untersuchten Bereichen bezahlen Schweizer Nachfrager über drei Milliarden Franken zu viel. Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm schätzt den Verlust für die gesamte Volkswirtschaft auf rund 15 Milliarden Franken pro Jahr.

Im Auftrag des Vereins «Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise» führte die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) unter der Leitung von Prof. Dr. Mathias Binswanger eine Studie durch. Das Projektteam analysiert die Preisunterschiede zwischen der Schweiz und dem Ausland. Der Fokus liegt auf den Branchen Gesundheitswesen, Gastronomie sowie Forschung und Bildung. Im Konsumgüterbereich werden die Bereiche Mode, Kosmetika, Kontaktlinsen sowie Babynahrung und Windeln untersucht. Die Analyse zeigt: Schweizer Nachfrager bezahlen deutlich mehr als Nachfrager im Ausland.

Sparpotenzial im Milliardenbereich

Das Sparpotenzial ist hoch. Alleine in den analysierten Bereichen entgehen der Schweizer Volkswirtschaft 3.33 Milliarden Franken pro Jahr. Jede Schweizerin und jeder Schweizer könnten pro Jahr mindestens 280 Franken sparen. Aber ausländische Hersteller und Händler weigern sich, Nachfrager aus der Schweiz direkt zu beliefern. Stattdessen verweisen sie diese auf ihre Niederlassungen oder Webportale in der Schweiz. Dort werden überhöhte Preise verlangt und die Schweizer Kaufkraft gezielt abgeschöpft. Oft bestehen keine Ausweichmöglichkeiten für Nachfrager aus der Schweiz. So sind KMU, das Gewerbe oder etwa Spitäler, aber auch die Konsumentinnen und Konsumenten gezwungen, für importierte Waren und Dienstleistungen einen Schweiz-Zuschlag zu bezahlen. Gegenüber ausländischen Konkurrenten und Kunden werden sie benachteiligt.

Hohe Beschaffungskosten verteuern Krankenkassenprämien

Gerade Spitäler erfahren durch die fehlende Beschaffungsfreiheit hohe Mehrkosten. Gemäss der Studie beträgt das Sparpotenzial 600 Millionen Franken pro Jahr. Das ist besonders stossend: «Schweiz-Zuschläge verteuern das Gesundheitswesen und erhöhen die Prämien», erklärt Rolf Zehnder, Spitaldirektor des Kantonsspitals Winterthur. Das Kantonsspital Winterthur (KSW) untersuchte Preise von über 1'500 unterschiedlichen medizinischen Verbrauchsgütern. Im Durchschnitt sind die Preise in der Schweiz mehr als ein Drittel höher als im angrenzenden Ausland. Dabei handelt es sich um identische Produkte ohne Wertschöpfung in der Schweiz. Die höheren Preise lassen sich auch nicht mit Serviceleistungen in der Schweiz rechtfertigen.

KMU leiden unter Schweiz-Zuschlägen

Zu den Verlierern der Schweiz-Zuschläge gehören auch KMU und Gewerbe. Die Hotellerie und die Gastronomie sind stark betroffen. So bezahlt das Gastgewerbe für Geräte, Hilfsmittel und nicht-alkoholische Getränke jährlich rund 290 Millionen Franken zu viel. Dazu kommen weitere importierte Güter, welche die Studie nicht berücksichtigt. Für Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse, steht fest: «Die unfairen Schweiz-Zuschläge diskriminieren die Schweizer Betriebe gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz. Darunter leiden die hiesigen Hotel- und Gastrobetriebe und insgesamt der Tourismusstandort Schweiz».

Kleider in der Schweiz 20 % teurer

Das grösste Sparpotenzial für Konsumenten besteht bei Bekleidung. Im Durchschnitt kosten Kleidungsstücke in der Schweiz 20 % mehr als in Deutschland. Rechnet man die Zahlen hoch, wird deutlich: Alleine für Kleider entgehen der Schweiz 1,9 Milliarden Franken pro Jahr. Bei Körper- und Gesichtspflege inkl. Sonnenschutzmitteln beträgt das jährliche Sparpotenzial 292 Mio. Franken, bei Parfüm 149 Mio. Franken und bei Windeln und Babynahrung 78 Mio. Franken.

Politik muss handeln

Die Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz macht deutlich: Die Schweiz-Zuschläge verteuern die Beschaffung von Gütern aus dem Ausland für Konsumentinnen und Konsumenten, KMU, Gewerbe und öffentliche Hand massiv. Die vorliegende Untersuchung beleuchtet nur einen kleinen Ausschnitt aller betroffenen Beschaffungen. Gemäss Rudolf Strahm betragen die Schäden für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft ein Vielfaches: «Ich gehe von einem gesamtwirtschaftlichen Schaden in der Grössenordnung von 15 Milliarden Franken pro Jahr aus.» Aus Sicht von Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaft an der FHNW, ist klar: «Für Unternehmen, öffentliche Einrichtungen sowie Konsumentinnen und Konsumenten muss möglich werden, im Ausland zu den dort angebotenen Marktpreisen einzukaufen und das individuelle Einsparpotenzial auszuschöpfen.» Dafür sorgt die eidgenössische Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise» (Fair-Preis-Initiative). Sie verlangt von der Politik endlich griffige Instrumente gegen die ungerechtfertigten Schweiz-Zuschläge. Am 9. März berät der Nationalrat die Fair-Preis-Initiative. Er hat es in der Hand, endlich für faire Preise in der Schweiz zu sorgen.

Kontakt:

Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz, (079 888 31 05)

Rudolf Strahm, ehem. Preisüberwacher, alt Nationalrat, Mitglied des Initiativkomitees, (079 689 51 01)

Casimir Platzer, Co-Präsident Verein «Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise», Präsident GastroSuisse (079 675 42 20)

Prisca Birrer-Heimo, Co-Präsidentin Verein «Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise», Präsidentin Stiftung für Konsumentenschutz (079 741 21 59)

Roland Goethe, Co-Präsident Verein «Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise», Präsident Swissmechanic Schweiz (078 669 91 61)

Verein «Stop der Hochpreisinsel - für faire Preise» c/o GastroSuisse, Blumenfeldstrasse 20, 8046 Zürich / info@fair-preis-initiative.ch

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100063435/100842403 abgerufen werden.